

Weniger Sicherheit, weniger Wachstum

Neue Jobs haben die wiederholten Arbeitsmarktreformen seit Beginn der 90er-Jahre nicht gebracht. Stattdessen begünstigten Flexibilisierung und Deregulierung Niedriglöhne – und schwächten die Wirtschaft. So das Urteil zweier angesehener Wirtschaftsprofessoren.*

Die Bundesrepublik hat für ihre Anstrengungen zur Deregulierung des Arbeitsmarktes von der OECD vielfach gute Noten erhalten. Die Reformen sollten die Arbeitslosenzahl senken, doch das Gegenteil trat ein: Die Arbeitslosigkeit stieg weiter – bis 2005. Besonders bei den niedrig entlohnenden Dienstleistungen hätte die seit den 90ern zunehmende Flexibilisierung mehr Beschäftigung bringen sollen. Jedoch scheint es stattdessen zu einer Absenkung der Niedriglöhne und einem Anstieg der Armut gekommen zu sein. So lautet das ernüchternde Resümee von Wendy Carlin, Professorin am University College London, und Professor David Soskice von der London School of Economics.

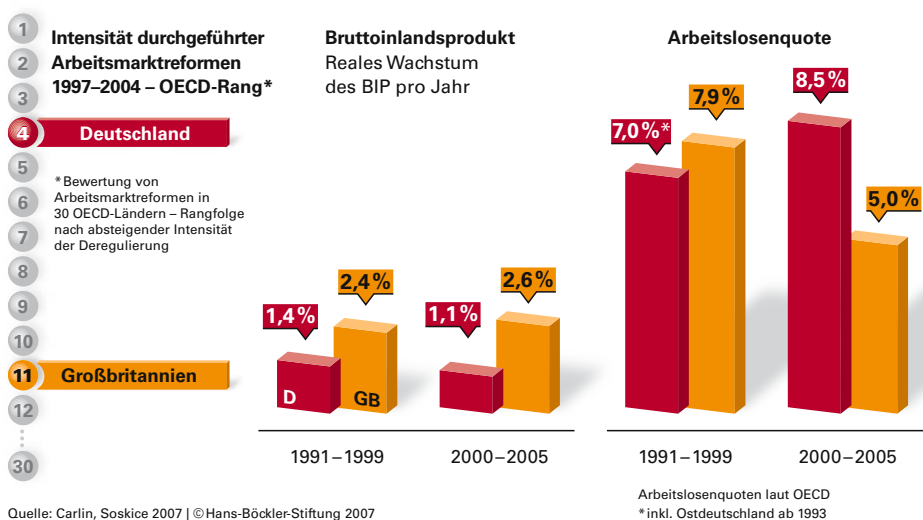
Die von der OECD angelegten Reformen brachten nicht die erhofften Ergebnisse: Ob Schwarz-Gelb oder Rot-Grün, die Bundesregierungen verschärften zwar die Anspruchsbedingungen für Arbeitslosenzuwendungen, führten Abschlüsse bei Frühverrentung und Arbeitszeitkonten ein und senkten die Steuern auf niedrige Arbeits-einkommen. Trotzdem entwickelten sich Wachstum und Beschäftigung schwächer als in vielen europäischen Nachbarstaaten, allen voran Großbritannien.

Für Deutschland passten die Reformvorschläge der OECD schlichtweg nicht: Carlin und Soskice führen dies unter anderem auf „spezifische Eigenheiten des deutschen Arbeitsmarktes“ zurück. Denn berufliche Qualifikationen spielen hier „eine viel größere Rolle als in irgendeinem anderen Land“. Aufgrund des dualen Ausbildungssystems erwerben Arbeitnehmer wirtschaftszweigspezifische Kompetenzen, die sie noch durch firmenspezifische Fertigkeiten ergänzen. In Großbritannien zum Beispiel seien die Qualifikationen der Beschäftigten allgemeiner, eine größere Arbeitsplatzunsicherheit werde leichter verkraftet. Deutsche Arbeitnehmer hätten es allgemein schwerer, bei Verlust des Arbeitsplatzes eine angemessene Neuankündigung zu finden. Reformen, welche die Kosten eines Arbeitsplatzverlustes erhöhen, lösen deshalb in Deutschland Vorsichtssparen aus. Damit schwächen Deregulierung und Flexibilisierung die Binnennachfrage.

Der schwache Konsum werde zusätzlich durch die Tatsache geschwächt, dass der deutsche Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat Einverdiener-Haushalte fördere, analysieren die beiden Wirtschaftsforscher. Deutschland zeichnet sich durch eine niedrige Frauenbeschäftigungsquote aus – und durch eine niedrige Geburtenrate. In den nordischen Staaten sind hingegen Zweiverdiener-Haushalte die Regel – bei einer seit 1980 steigenden Geburtenrate. Das hat seine Gründe: In Schweden beispielsweise greift für Familien mit kleinen Kindern eine großzügige Elternzeitregelung. Häufig bleiben beide Elternteile beschäftigt, denn sie können die qualitativ hochwertigen staatlichen Kinderbetreuungssysteme in Anspruch nehmen.

Auch die Lohnzurückhaltung könnte zu einem Rückgang der Konsumausgaben geführt haben, so die Professoren. Für kleine, offene Volkswirtschaften spielten die Exporte bei der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage eine entscheidende Rolle. Im Gegensatz dazu „wird die Ausbreitung von Lohnzurückhaltung in der gesamten Wirtschaft Deutschlands, in der der internationale Handel einen beträchtlich kleineren Teil der Volkswirtschaft ausmacht, einen größeren negativen Effekt auf die Konsumnachfrage zeigen“.

Arbeitsmarkt: Deregulierung kein Patentrezept



Flexible Arbeitsmärkte schaffen also „nicht automatisch Arbeitsplätze aus dem Nichts“, schreiben Carlin und Soskice. In einem Umfeld mit unzureichender Nachfrage führe eine Flexibilisierung „allenfalls zu einer begrenzten Beschäftigungszunahme und sinkenden Löhnen“. Nur ein Reformpaket, das die spezifischen Gegebenheiten eines Landes berücksichtigt, könne mehr Beschäftigung schaffen. Für Deutschland könne dazu auch gehören, dass der Staat Nachteile für Zweitverdiener in einem Haushalt abbaue und mehr Anreize für Frauen biete, Beschäftigung und Kindererziehung zu kombinieren. ◀

* Quelle: Wendy Carlin, David Soskice: Reformen, makroökonomische Politik und Wirtschaftsentwicklung Deutschland, in: Ronald Schettkat, Jochem Langkau (Hrsg.): Aufschwung für Deutschland – Plädoyer international renommierter Ökonomen für eine bessere Wirtschaftspolitik, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2007
Download unter www.boecklerimpuls.de